

INSTITUT FÜR
INTERDISZIPLINÄRE
FORSCHUNG

Forschungsstätte der
Evangelischen
Studiengemeinschaft

F·E·S·T NEWSLETTER

GELEITWORT zur **Ausgabe Januar 2019**

Katowice – da war doch was?

November 2017 Bonn, Dezember 2018 Katowice, Dezember 2019 oder Januar 2020 Chile, nachdem Brasilien sein Gastgeber-Angebot noch vor Beginn der Weltklimakonferenz (COP 24) in Katowice zurückgezogen hat: Die Karawane zieht weiter, eine riesige Zahl von Weltenbummlern in Sachen Klimaschutz. Nun, da die COP 24 vorbei ist, fragt man sich, was wirklich erreicht wurde, ob die viele Tonnen CO₂, die hier emittiert wurden, sich auch tatsächlich gelohnt haben.

Ziel war erstens die Verabschiedung genauer Regeln zur Umsetzung des Pariser Abkommens von 2015 – nun wird es unter anderem einheitliche Richtlinien für die nationalen Berichte zur Umsetzung der Klimaschutzzusagen geben. Aber die ersten „Transparenzberichte“ müssen erst 2024 vorliegen. Ein zweiter Punkt waren die Finanzierungszusagen für Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern; auch hier wurde als Erfolg gefeiert, was sich in Anbetracht der zu erreichenden Ziele noch eher als bescheidener Beitrag ausnimmt. Eine weitere Forderung hätte unabsehbare juristische Folgen gehabt und wurde wohl deshalb nicht verwirklicht: eine angemessene finanzielle Unterstützung für Schäden durch den Klimawandel in den ärmsten der betroffenen Staaten. Zu sehr verweist diese Idee auf das Verursacherprinzip.

Schließlich wurde wiederholt in den Jahren seit dem Pariser Abkommen gezeigt, dass die freiwilligen Klimaschutzkonzepte der beteiligten Länder überhaupt nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Dass dieses Ziel im Grunde aber unerlässlich ist, hat der Weltklimarat in einem Sondergutachten vor der Konferenz von Katowice noch einmal bestätigt. Der Sonderbericht appelliert, dass alle staatlichen und nicht-staatlichen Akteure in einem weitaus größeren Bewusstsein für die Dringlichkeit des Klimaschutzes schnell handeln müssen. Von den offiziellen Delegationen ist in Katowice kein Zeichen ausgegangen, das eine Aufbruchstimmung in diese Richtung auch nur angedeutet hätte. Im Gegenteil: Der

Warnruf des Weltklimarats hat bislang nicht dazu geführt, dass nationale Klimaziele entscheidend nachgebessert worden wären.

Wie könnte eine radikalere Klimapolitik aussehen? Die Bestandteile sind alle bekannt: Ausstieg aus den fossilen Treibstoffen, insbesondere aus der Kohle, eine möglichst abfallfreie Kreislaufwirtschaft, eine CO₂-Steuer, die ihren Namen verdient. Der Aufwand der Weltklimakonferenzen wird sich auf längere Sicht nur rechtfertigen lassen, wenn von der COP 25 eine deutliche Beschleunigung ausgehen wird.



Prof. Dr. Hans Diefenbacher

Hans Diefenbacher

SCHLAGWORT

Wohl oder Übel?

Sind Wohlfahrtsverbände sperrige Großorganisationen, die nur durch den politischen Willen überlebt haben? Oder bleibt der Sozialstaat vor allem durch die Größe und Präsenz der Wohlfahrtsverbände im Gleichgewicht? Beide zugespitzt formulierten Positionen finden in der Geschichte der Freien Wohlfahrtspflege ihre Fürsprecher. Die Position entlang der ersten Frage, Wohlfahrtsverbände seien politisch gestützt, trifft dabei wohl am besten auf die Zeit vor so manch umfangreicher Umwälzung in der Sozialpolitik zu.

Eine Welle an Entwicklungszwängen im deutschen Sozialsektor in den neunziger Jahren trafen die Wohlfahrtsverbände in doppelter Hinsicht. Ein Beispiel bietet der Pflegesektor: Zum einen lösten sich die Beziehungen mit dem Wohlfahrtsstaat derart auf, als die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege nicht mehr wie zuvor in die Gestaltung der Sozialpolitik eingebunden wurden. Zum anderen geriet ihre gesetzlich verankerte Vorrangstellung bei der Leistungserbringung ins Wanken. Marktbarrieren wurden im Sinne eines staatlich erwünschten Wettbewerbs mit neuen Leistungsanbietern aufgelöst. Die Vergütung im Pflegesektor änderte sich vom Kostenerstattungssystem hin zu einer leistungsorientierten, pauschalen Bezahlung. Als Reaktion auf die neuen Bedingungen mussten sich die Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände nun intensiv mit betriebswirtschaftlichen Fragen auseinandersetzen und betriebliche Anpassungen vorantreiben, um für die

>>>>> Fortsetzung nächste Seite

PERSONALIA

Dr. Volker Teichert aus dem Arbeitsbereich „Frieden und Nachhaltige Entwicklung“ an der FEST hat seit 1. September 2018 eine Professur an der Hochschule Fresenius in Heidelberg. Er wird dort die Themen Immobilienwirtschaft und Nachhaltiges Management unterrichten.



Seit November 2018 arbeitet **PD Dr. Christian Tewes** im Arbeitsbereich „Theologie und Naturwissenschaften“ an der FEST. Nach dem Studium der Philosophie, Geschichte und Germa-

nistik an der Universität Essen und in St Andrews (Schottland) promovierte er zum Thema „Grundlegungen der Bewusstseinsforschung“ an der Universität Koblenz-Landau und arbeitete von 2007–2014 am Lehrstuhl für Theoretische Philosophie der Universität Jena als wissenschaftlicher Mitarbeiter. Die Habilitation dort erfolgte 2015 mit einer Arbeit zur „Willensfreiheit“. Seit 2014 arbeitet er zudem am Mar-silius-Kolleg der Universität Heidelberg in dem Projekt „Verkörperung als Paradigma einer evolutionären Kulturanthropologie“.



Seit dem 1. November 2018 ist **Thomas Lange** wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich „Religion, Recht und Kultur“ an der FEST. Thematisch beschäftigt er sich mit Fragen zur International Health Governance. Sein Studium an der Universität Heidelberg schloss Herr Lange als Dipl.-Volkswirt sowie als Magister Artium im Fach Politikwissenschaft ab. Zuletzt war Herr Lange wissenschaftlicher Mitarbeiter an der DHWB Mannheim sowie Dozent unter anderem für Wirtschaftspolitik. Seine kürzlich abgeschlossene Dissertation beschäftigt sich mit dem



Fortsetzung SCHLAGWORT

neue Wettbewerbssituation gewappnet zu sein. Doch für viele galt die Freie Wohlfahrtspflege als schwerfälliges Ungetüm über dem Zenit, das lieber in alten Strukturen verharren wolle als einen Umbruch in großem Ausmaß voranzutreiben. Dass die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege weder unbedingt veraltet noch schwerfällig sind, zeigt ihre neue Rolle in der heutigen Sozialwirtschaft. Ihr vermeintlicher Nachteil, Wohlfahrtsverbände stünden sich wegen ihrer Größe in vielerlei Hinsicht im Weg, verkehrt sich in einen Vorteil, wenn man sie abseits wirtschaftlicher Zahlen betrachtet. Dort sind sie quasi als Interessenverband tätig, der etwa in Verhandlungen um Pflegesätze für die Interessen seiner Altenpflegeeinrichtungen eintritt – mit relativ großem Erfolg. Bekannt ist, dass Wohlfahrtsverbände sich im Sinne ihrer „Stakeholder“ traditionell sehr gut organisieren können.

Besonders ist aber, dass nicht nur die Einrichtungen von Größe, Präsenz und Interessenvertretungserfahrung profitieren: Ihre Möglichkeiten als Großorganisationen nutzen die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege auch in der Rolle als Sprachrohr insbesondere sozial benachteiligter Gruppen. Vor allem sind hier die christlichen Wohlfahrtsverbände zu nennen, die pionierhaft das Armutsthema aufgegriffen haben. Die dafür gegründete Nationale Armutskonferenz, eine Art Forum für dieses Thema, versammelt inzwischen alle großen Wohlfahrtsverbände. Darin werden etwa Positionspapiere oder „Schattenberichte“ veröffentlicht, mit denen Missstände benannt und kritisch Position zur Politik bezogen werden soll. Auch im Pflegesektor selber wird die Politik von den Verbänden stets kritisch begleitet. Im Vergleich dazu treten Verbände anderer Anbieter in der Sozialwirtschaft weniger geschlossen auf, auch weil sie eher keine einheitliche Weltanschauung teilen, sondern vielmehr Zweckkoalitionen sind. Somit stellt die Rolle als Sozialanwalt gewiss nicht nur für die sozial Benachteiligten einen Vorteil dar. Durch Ihre exklusive Möglichkeit soziale Interessen gesamtgesellschaftlich wahrnehmbar zu identifizieren und zu benennen, dürften die Wohlfahrtsverbände die gesamte Sozialwirtschaft im Gleichgewicht halten. Die Gefahr, dass gesellschaftliche Gruppen in einer Deprivationslage geneigt sind, das System auch wegen empfundener Unmündigkeit zu schwächen, können die Verbände als Sozialanwalt – zumindest teilweise – bannen. Die zweite zu Beginn gestellte Frage findet damit gegenwärtig eine positive Antwort.

Seit der Auflösung der eng verwobenen Beziehungen mit dem Wohlfahrtsstaat können die Verbände der Wohlfahrtspflege ihre Rolle als Sozialanwalt nun auch authentisch verkörpern – lag doch bei den ehemaligen Staat-Verbände-Beziehungen der Eindruck nahe, Politik und Wohlfahrtspflege seien so sehr miteinander verquickt, dass eine unabhängige oder gar eine konfrontative Position zur Sozialpolitik von den Verbänden nicht eingenommen werden kann. Die hier umrissene Entwicklung der Freien Wohlfahrtspflege insbesondere im deutschen Pflegesektor ist Gegenstand meiner Dissertation.

Thomas Lange

AKTUELLES

Klimaschutz in Mannheim

Die Evangelische Kirche in Mannheim hat als bundesweit erster evangelischer Kirchenbezirk die Umsetzung eines eigenen – vom BMU geförderten – Klimaschutzkonzepts beschlossen. Ziel ist eine CO₂-Reduzierung (Basis 2017) um 15% bis 2021 und um 85% bis 2050. Das Konzept wurde von der FEST erstellt.

Dr. Oliver Foltin



© deVos

Kosten für BNE

Die Mitglieder des Fachforums Hochschule, die für das UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung die Erarbeitung des im Sommer 2017 vorgestellten Aktionsplans im Bereich Hochschulen fachlich unterstützt haben, diskutierten im Oktober an der FEST mit den Autoren (Prof. Dr. Volker Teichert, Dr. Benjamin Held und Dr. Oliver Foltin) folgende Studie: „Bildung für nachhaltige Entwicklung benötigt Geld: Vorschläge zur Finanzierung ausgewählter Maßnahmen an Hochschulen“ (<https://bit.ly/2A6i6cT>).

Dr. Oliver Foltin

Wandel der Wohlfahrtsverbände und des Pflegesektors.

Seit November 2018 arbeitet **Hannes Vetter** im Arbeitsbereich „Frieden und Nachhaltige Entwicklung“ an der FEST. Außerdem promoviert er zum Thema „Ökologische Steuerreform“ an der Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg. Zuvor war der studierte Ökonom als Kreisgeschäftsführer für den Kreisverband Heidelberg von Bündnis 90/Die Grünen und als wissenschaftlicher Mitarbeiter für den Bundestagsabgeordneten Dr. Danyal Bayaz tätig.



Lisa Stadtherr hat Klimaphysik am GEOMAR (Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung) in Kiel studiert. In Kooperation mit dem PIK (Potsdam Institut für Klimafolgenforschung) lag der Fokus ihrer Forschung am GEOMAR auf der Analyse von Extremwetter-Ereignissen. Seit Oktober 2018 ist sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich „Frieden und Nachhaltige Entwicklung“ an der FEST angestellt mit einem thematischen Schwerpunkt auf Klimaanpassung und Klimaschutzkonzepten.



Arbeitsbereich
Frieden und Nachhaltige Entwicklung

Eine Friedensordnung jenseits des liberalen Friedens?

Der Konsultationsprozess „Orientierungswissen zum gerechten Frieden“ widmet sich in einer Arbeitsgruppe politisch-ethischen Herausforderungen. In diesem Kontext wurde jüngst die Friedensfähigkeit europäischer Ordnungen hinterfragt. Angesichts von aktuellen Kriegen wie dem noch immer währenden Ukrainekonflikt, aber auch der gegenwärtigen Krise europäischer Institutionen erscheint diese Frage virulenter denn je.

Friedenswahrung durch europäische Integration bleibe, ungeachtet aktueller Zerfallserscheinungen der EU, alternativlos – so eine zentrale Stimme des Konsultationsprozesses. Das schließt nahtlos an die Friedensdenkschrift der EKD an, wonach die Europäische Union „[m]it ihren Werten und Institutionen sowie dank gelungener Verrechtlichung und wirksamer Mechanismen der friedlichen Streitbeilegung [...] ein Modell für andere Regionen“ sei und „einem freien Gesamteuropa immer näher“ komme (EKD 2007, Ziff. 142). Ist aber der liberale Frieden, auf dessen Prinzipien die Integration der EU beruht, wirklich alternativlos? Gerade im Umgang mit nicht-demokratischen Systemen scheinen Institutionen des liberalen Friedens an ihre Grenzen zu stoßen.

Einen alternativen Ansatz bieten kooperative – weil inklusive – Systeme. Entstanden sind sie, um Spannungen zwischen Gegnern abzubauen, nicht aber aufzuheben. Die Formen der Kooperation und Zusammenarbeit kommen an Intensität und Tiefe an denen von Wertegemeinschaften nicht heran. Das mag auch ein Grund dafür sein, dass dem Westen nach 1989/90 die EU und NATO weitaus attraktiver erschienen als Organisationen wie die OSZE.

Wie kann aber Kooperation und Zusammenarbeit auch bei fehlendem Wertekonsens und aller Verschiedenheit der politischen Systeme gelingen? Eine Antwort darauf gibt Pascal Delhom: durch Vertrauen. Unter konfrontativen Konstellationen ist Vertrauensbildung nicht einfach, muss diese unter Bedingungen doppelter Kontingenz hergestellt werden. Sowohl die Reaktionen der einen als auch der anderen Seite können anders ausfallen als die jeweils andere erwartet. Dabei werde das Wagnis – so Delhom – „nicht dadurch geringer, dass der andere dasselbe Wagnis auch eingeht“. Dennoch: Zum Vertrauen gibt es keine Alternative. Die vertrauensbildenden Maßnahmen im Rahmen der Abrüstung und Rüstungskontrolle zu Zeiten des Kalten Krieges zeigen die fast vergessenen Chancen eines solchen Ansatzes auf.

PD Dr. Ines-Jacqueline Werkner

ANKÜNDIGUNG

Perception and Situated Cognition

29. März – 1. April 2019

Im Rahmen der Arbeitsgruppe „Inter-subjektivität der Wahrnehmung“ in Kooperation der FEST mit dem Marsilius-Kolleg der Universität Heidelberg organisieren PD Dr. Christian Tewes und PD Dr. Magnus Schlette einen Workshop mit Prof. Dr. Terrence Deacon, einem international renommierten Kognitionswissenschaftler an der University of California, Berkeley, zum Thema Perception and Situated Cognition; Ort: FEST und Marsilius-Kolleg Heidelberg; Ansprechpartner an der FEST: PD Dr. Christian Tewes; christian.tewes@fest-heidelberg.de und PD Dr. Magnus Schlette; magnus.schlette@fest-heidelberg.de

Arbeitsbereich
Religion, Recht und Kultur

International Health Governance: Folgeprojekt

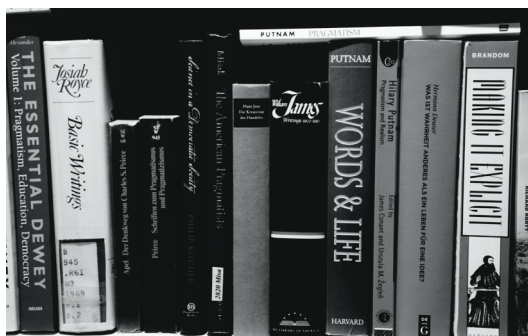
Im Rahmen einer Forschungsk Kooperation zwischen der FEST und dem Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (MPIL) zum Themenkomplex International Health Governance (IHG) wurde im März 2016 ein internationaler Workshop organisiert. Die Ebola-Krise diente als Ausgangspunkt für Fragen einer internationalen Gesundheitszusammenarbeit. Ergebnisse und weitere Vertiefungen wurden 2017 im Band „The Governance of Disease Outbreaks“ publiziert. Mit dem Folgeprojekt wird dieser Themenkomplex von der FEST und dem MPIL nun weiter verfolgt. Der IHG-Begriff ist nach vielen Seiten hin offen. So schließt er Fragestellungen ein, wie sich zentrale innerstaatliche Akteure wie das Robert-Koch-Institut bei einer akuten internationalen Gesundheitsgefahr auch mit der EU und der WHO koordinieren. Auch jenseits der Seuchengefahr erweist sich der IHG-Begriff als sehr anschlussfähig, bspw. bei Fragen zwischen Ökonomie und Gesundheitsschutz: Die internationale Handelsliberalisierung führt zu neuartigen Gefahren ansteckender, aber auch nicht ansteckender Krankheiten. So hat mit dem freien Handel der Tabakkonsum vor allem in Entwicklungsländern erheblich zugenommen, was mithin Fragen zu den damit verbundenen Gesundheitsrisiken aufwirft. Diese Art von Themen können leitend in einem Workshop sein, der von der FEST und dem MPIL für den Herbst 2019 organisiert wird.

Thomas Lange

German Pragmatism Network

Eine Zusammenarbeit und Vernetzung der deutschsprachigen Pragmatisten hat bislang kaum stattgefunden. In Kooperation der FEST und des Forschungsinstituts für Philosophie Hannover (FIPH) haben PD Dr. Magnus Schlette und Dr. Ana Honnacker während der letzten zweieinhalb Jahre einen interdisziplinären Arbeitskreis zum Thema „Demokratie als Lebensform. Einsichten des Pragmatismus“ organisiert, der sich zum Ziel setzte, ideengeschichtliche Forschung zum Pragmatismus mit pragmatistischer Forschung zu zentralen gesellschaftlichen Gegenwartsfragen in einem breiten disziplinären Spektrum der Perspektiven von der Anthropologie über die Ästhetik und Religionstheorie bis zur Sozial- und Demokratietheorie miteinander zu verknüpfen und die Forschungsaktivitäten sukzessiv zu vernetzen. Im Rahmen der Tätigkeiten des Arbeitskreises wurde neben inhaltlicher Arbeit das German Pragmatism Network gegründet, das seit 2018 in der European Pragmatism Association vertreten ist.

Heute firmieren zunehmend philosophische Positionen unter dem Begriff des Pragmatismus, die mit den klassischen Pragmatisten kaum noch etwas oder gar nichts mehr zu tun haben und auch historiographisch auf Bezugsautoren zurückgreifen, die eigentlich aus anderen Schulen kommen. Hier scheint sich ein erweiterter Gebrauch des Pragmatismusbegriffs abzuzeichnen, positiv gewendet die Möglichkeit, Motive des klassischen Pragmatismus wieder gegenwartsphilosophisch in einem Klima fruchtbar zu machen, das dem Pragmatismus günstig ist. FEST und FIPH haben die institutionellen Voraussetzungen geschaffen, um in diesem Sinne die pragmatistische Forschung in Deutschland über die Grenzen eines Schulzusammenhangs hinaus zu beleben. Zu diesem Zweck orientierte sich die Arbeitsgruppe an einem gleichermaßen pragmatistisch einschlägigen und inklusiven Thema, das gute Voraussetzungen dafür bietet, die unterschiedlichen Forschungsinteressen in den genannten Disziplinen miteinander zu einem gemeinsamen Projekt zu verbinden.



Das Thema „Demokratie als Lebensform. Einsichten des Pragmatismus“ birgt eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten für die Pragmatismusforschung, auch über die Philosophie hinaus. Es erfordert zugleich den Bezug zu den Klassikern, reicht aber systematisch über ihn hinaus. Zweierlei ist in ihm impliziert: dass a) der klassische Pragmatismus eine philosophische, durchaus auch weltanschauliche

Reflexionsgestalt des menschlichen Selbst- und Weltverhältnisses ist, die mit guten Gründen als demokratisch bezeichnet werden kann, sowie b), dass dem Pragmatismus auch geltungslogisch demokratietheoretische Anstöße entnommen werden können.

Mit dem Begriff der ‚Lebensform‘ sollte deutlich werden, dass diese Anstöße sich nicht auf das klassische Metier der Politik beschränken. Es wurde in den Diskussionen herausgearbeitet, was vorstaatliche und vorpolitische Bestimmungsfaktoren für die Ausbildung der Grammatik einer demokratischen Lebensform, d.h. einer der Demokratie als politischer Herrschaftsform förderlichen Lebensform sind. Pragmatisten denken über Erfahrung und Wissen, über Ontogenese und Bildung, Schönheit und Kunst, Religion, Natur und Freiheit in einer Weise nach, als seien diese Begriffe immer im Blick auf die stillschweigende Frage bestimmt worden, wie sie beschaffen sein müssten, damit das durch sie Bezeichnete in einem sozialen Gemeinwesen einen Ort hat, der als demokratisch charakterisiert werden mag.

Der Arbeitskreis gestaltete zu seinem Thema ein Panel im Rahmen der dreijährig stattfindenden European Pragmatism Conference, die dieses Jahr vom Nordic Pragmatism Network in Helsinki veranstaltet wurde. Mit der Publikation der Beiträge des Panels sowie weiterer thematisch einschlägiger Aufsätze von Teilnehmern des Arbeitskreises wird die gemeinsame Arbeit der letzten zweieinhalb Jahre beendet. In der Abschlusssitzung des Arbeitskreises, in der Prof. Philip Kitcher, Inhaber des John Dewey-Lehrstuhls der Columbia University, zu Gast war, wurde als Plattform der Vernetzung deutschsprachiger Pragmatismusforschung das GermanPragmatismNetwork gegründet, das in die European Pragmatism Association aufgenommen worden ist. Über das Netzwerk informiert die Homepage des Netzwerks gerprag.net.

PD Dr. Magnus Schlette

NEUERSCHEINUNGEN

Rechtserhaltende Gewalt – eine ethische Verortung

hg. von Ines-Jacqueline Werkner und Torsten Meireis.
(Fragen zur Gewalt, Band 2) Springer VS, Wiesbaden 2018, 162 Seiten, ISBN: 978-3-658-22498-1, Preis: 19,99 €.

Rechtserhaltende Gewalt – zur Kriteriologie

hg. von Ines-Jacqueline Werkner und Peter Rudolf.
(Fragen zur Gewalt, Band 3) Springer VS, Wiesbaden 2018, 166 Seiten, ISBN: 978-3-658-22945-0, Preis: 19,99 €.

Eine Theologie der Menschenrechte

hg. von Sarah Jäger und Friedrich Lohmann.
(Frieden und Recht, Band 2) Springer VS, Wiesbaden 2018, 168 Seiten, ISBN: 978-3-658-23168-2, Preis: 19,99 €.

Gerechter Frieden als ekklesiologische Herausforderung

hg. von Sarah Jäger und Fernando Enns.
(Politisch-ethische Herausforderungen, Band 2) Springer VS, Wiesbaden 2018, 236 Seiten, ISBN: 978-3-658-22909-2, Preis: 19,99 €.

Bildung für nachhaltige Entwicklung benötigt Geld: Vorschläge zur Finanzierung ausgewählter Maßnahmen an Hochschulen

von Volker Teichert, Benjamin Held und Oliver Foltin.
FEST, Heidelberg 2018, 36 Seiten, ISBN/ISSN: 978-3-88257-075-5, <https://bit.ly/2A6i6cT>.



Dieses Druckerzeugnis wurde mit dem Blauen Engel ausgezeichnet
www.blauer-engel.de/uz195

IMPRESSUM:

ViSdp und Redaktion:
Thomas Lange
Dr. A. Katarina Weilert
Satz: Anke Muno
Erscheinungsweise: halbjährlich
Zu beziehen über:
Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V.
Schmeilweg 5, D-69118 Heidelberg
www.fest-heidelberg.de
Gedruckt auf Recyclingpapier.